

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

110 (13.5.1925) Badischer Zentralanzeiger für Beamte Nr. 19

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Angebot für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Jr. 19 Bezugspreis: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zuzüglich Porto, vom Verlage Karlsruhe I. D.,
Karlstr. 14, bezogen werden. 13. Mai 1925

Eisenbahnwissenschaftliche Woche

Über die an der Berliner Verwaltungsakademie in der Zeit vom 20. bis 26. April veranstaltete Eisenbahnwissenschaftliche Woche, an der viele Eisenbahnbeamte des äußeren und inneren Dienstes teilgenommen haben, berichtet die Badische Zeitung, entnommen wir der Fachpresse auszugsweise den nachstehenden Bericht:

Im es gleich vorwegzunehmen: Die Reichsbahngesellschaft kann mit dem Erfolg dieser Veranstaltung vollkommen zufrieden sein. Denn die gebotenen Beiträge haben mehr wie alles andere bei jedem Teilnehmer, nicht zuletzt bei den ausländischen Kollegen, das Verständnis für die Lage und Aufgabe der neuen Reichsbahngesellschaft geweckt, und haben manches Mißtrauen gelöst.

Die lehrreichen Vorträge bei der Nationalen Automobil-Gesellschaft in Niederösterreich, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, ferner im Berliner Westhafen und besonders in den Vorträgen zu Tegel ergänzten die Vorträge in glücklicher Art. Wer der letzten, aber eindrucksvollen Ansprache des Geheimrats Vorig lauschen konnte, wird nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß Eisenbahn und Volk auf Gedeih und Verderb mit dem Auf und Nieder der deutschen Wirtschaft verbunden sind.

Von den Hören der Vorträge werden wohl nur wenige dem einen oder anderen Thema geistig unvorbereitet gegenübergefallen sein, trotzdem hat keiner die Hörsäle ohne Gewinn verlassen, die Mehrzahl aber erfuhr unter der unerschöpflichen Wirkung des gesprochenen Wortes eine Vertiefung und Erweiterung vorhandener Ansätze, was nicht hoch genug eingeschätzt ist. Die Last des Daseins drückt Deutschland so lange und so schwer, daß nur die volle Erkenntnis bei dem fährigen Teil der Lastträger ein Atzen und Strauchen verhindern wird. Wir hatten mehrfach Gelegenheit, uns über diese Dinge mit außenstehenden gebildeten Berlinern zu unterhalten. Es wickelt sich, welche Intelligenz zu gründen, und grundsätzliche Ansätze selbst in den sogenannten Kreisen der berufstätigen Intelligenz unter dem Einfluß einer gewissen Besse vorherrschen. Aus diesem Grunde stellt die wissenschaftliche Frühjahrswoche der Berliner Verwaltungsakademie eine Ausfahrt dar, die reiche Früchte tragen wird, namentlich wenn die Saat weiter bestellt wird. Wir wüßten uns keinen besseren Weg, um dem Verständnis zwischen Innen- und Außen, zwischen Nord und Süd, zwischen Deutschland und Ausland eine Gasse zu bahnen.

Die Vorträge wurden programmäßig durch den Herrn Reichsverkehrsminister Dr. Krosche in der neuen Aula der Berliner Universität mit einer wirkungsvollen Ansprache eingeleitet. In wenigen scharfen Strichen wurden den Hören die beiden Hauptaufgaben der DRB in finanzieller und volkswirtschaftlicher Hinsicht gezeigt.

Staatssekretär Stieler gab hierzu die näheren Erläuterungen und verbreitete sich ausführlich über Tarifpolitik, Tarifpolitik und Finanzgebarung der DRB. Unter Ablehnung der bekannten Forderungen nach Bildung gruppenweiser Tarifkommissionen begründete er die Notwendigkeit der Zusammenfassung der deutschen Bahnen in einer Hand und erklärte, daß der Stand der deutschen Wirtschaft ein sprunghaftes Experimentieren in der Tarifpolitik verbiete. Er bezeichnet es als Unrecht, wenn große Körperschaften behaupten, es mange der DRB an gutem Willen in dieser Hinsicht. Nichtig sei vielmehr, daß es an positiven Vorschlägen der Interessentengruppen fehle.

Direktor Schen sprach fessend über das Automobil als den jüngsten Konkurrenten der Eisenbahn. Viel bemerkt wurde die Auslegung — im Zusammenhang mit dem erbobenen Vorwurf, die Eisenbahn treibe gegenüber dem Auto unerlaubten Wettbewerb —, daß nämlich die DRB die Beförderung von Gütern nicht an die Eisenbahnhöhne binde. Neu für uns Süddeutsche war auch die Tatsache, daß Breußen in dem Bestreben, die weniger rentierliche Kraft an das Auto abzutreten, bereits Verträge mit der Kraftwagen-Gesellschaft abgeschlossen hat, wodurch eine eigentliche Konkurrenz des Autos ausgeschlossen, dieses vielmehr als Zubringer und Aufwärmer der Eisenbahn unter Leitung der Güter mit Eisenbahnfrachtbrief nach der DRB benutzt wird.

Über das Thema Reichsbahnfinanzien sprach anderen Tages Direktor Jahn, indem er eingehend ihre Entwicklung vor dem Kriege, die Zerrüttung durch Krieg und Inflation, sowie den Neuaufbau nach Gründung des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“ und die Fortführung bei der DRB unter Hervorhebung der finanziellen Konstruktion, der Wirtschaftsführung und finanziellen Praxis behandelte.

Besonderem Interesse begegnete der durch eigenartige Lichtbilder belebte Vortrag des Reichsbahndirektors Schwarze über „Neuere Erfahrungen und Wege in der Personalabwicklung und -ausbildung“. Das neue psycho-technische Verfahren, das unter Anleitung an amerikanische Vorbilder, zuerst bei Einstellung von Lehrlingen angewendet wurde, und zwar mit großer Aussicht, weil entscheidend für das Schicksal der Auszubildenden, dient in der Hauptfrage zur Feststellung von Grundeigenschaften, die der Eisenbahner für seinen Beruf braucht. Die Ergebnisse sind durchaus günstig. In der Aus- und Fortbildung will der psychotechnische Ausschuss bei der DRB völlig neue Wege gehen, um die geistige Mitarbeit des Vollzugs-personnals zu gewinnen. Wir müssen, wie der Vortragende sagt, heraus aus dem bisherigen Zustand, und die inneren Zusammenhänge nur aus Wädhern klarzulegen, und immer mehr zum Anschauungsunterricht gelangen. Da auf diesem Gebiete langjährige aufbauten Filmvorführungen waren ausgezeichnet. Namentlich die Filme über die Erziehung des Vollzugs-personnals zur Höflichkeit und über das Benehmen der Beamten bei besonderen Anlässen brachten so lebenswahre Ausschüsse aus dem Betrieb, daß ihre Vorführung wegen der erheblichen Wirkung auf Personal und Reisende nach Möglichkeit verallgemeinert werden sollte.

Die Vorträge des Reichsbahndirektors Krochling über „Wohlfahrtspflege“ brachte eine Fülle von Material und beleuchtete die Schwierigkeiten, mit denen die Hauptverwaltung zu kämpfen hatte, um die bei der Veranschlagung vorhandene Gütersicherheit der Einrichtung auf eine mittlere Linie zu bringen. In der Preisfrage war es nur durch Herinnahme der neuen Vergünstigung für Familienangehörige möglich, eine allgemeine Vertriebung zu bringen. In der letzten Sitzung, worin Bayern vorbildlich war, wird sich die Reichsbahn bemühen, eine breitere Basis zu finden durch

Schaffung einer allgemeinen Beamtenrentenkasse. In diese wären die Gruppen A I—IX und vielleicht noch höhere Gruppen samt Angehörigen und Pensionisten bei freier Artwahl aufzunehmen. Krankenbehandlung einschließlich Zahnbehandlung und Medikamente frei. Die Verwaltung würde die Hälfte der Beiträge zahlen. Damit könnte die wenig günstig beurteilte Einrichtung der Koststättchen für Beamte verschwinden.

Über „Personalpolitik“ sprach Reichsbahndirektor Döbler. Er bezeichnete es als Wagnis, über diese Frage zu sprechen, ein Wagnis, das er nur unter dem Gesichtswinkel „akademischer Ehrlichkeit“ unternehmen wolle. Wer allerdings mit solcher Virtuosität das schwierige Instrument der Personalpolitik zu spielen versteht, vom Wort und Ausdruck so dienstbar sind, um in blendendem Widerspiel lockender Bilder und brutaler Aphorismen die Seelen anzuziehen und abzuholen, unternimmt, — akademisch gesprochen — kein großes Wagnis mit einer Vorlesung über das heilige Thema der Personalpolitik. Das ungewöhnliche, während des Vortrags immer wieder ausbrechende Beifallsgetöse hat augenblicklich auch jene mitgerissen, die als Organisationsvertreter den Ausführungen skeptisch gegenüberstanden.

Es ist sicher kein leichtes Stück Arbeit, dreierhalb Millionen Menschen in körperlicher und geistiger Wohlfahrt zu erhalten und ihre dienstlichen Leistungen zu steigern — und die Begehrtheit der einzelnen Gruppen zu jagen.

Aus dem Herzen gestochen war vielen der Satz, daß es als reiner Glücksfall gelten müsse, wenn der Dienstfänger einen Vorgesetzten fände, der ihm in innerer Anteilnahme die Seele des Eisenbahnlebens feigt. Das Eingeständnis, das die Vorgesetzten der Gruppen V, VI und VII ein erschreckend tiefes Sinken der Durchschnittskenntnisse beweisen haben, war für uns vorgebildete Eisenbahnbeamte recht wertvoll. Mit diesem Eingeständnis des Personalreferenten der Berliner Hauptverwaltung deckt sich sehr wohl sein Ausspruch, es sei unter dem Schlagwort „sozial“ jabel persönliche Tätigkeit verschüttet worden, daß man sie gar nicht mehr heraus-schaufeln kann, nicht deckt sich damit aber der spätere verteilte Grundgedanke des reifen Leistungsprinzips, der selbst die unglücklichen Leistungszulagen nicht preisgeben will.

Der letzte Tag der eisenbahnwissenschaftlichen Woche wurde mit dem Vortrag des Dr. Ing. Blum, Professor an der Technischen Hochschule Hannover, über „Fragen des Eisenbahnbetriebs“ eröffnet.

Der Vortragende zeigte in fesselter Art neue Wege, um bei Reuanlagen zu sparen und bei vorhandenen Anlagen unter Zurückstellung des Personalbetriebs hinter den Güterverkehr den Betrieb zu verbilligen. Aus diesen Gründen wird es sich nicht umgehen lassen, schlecht und teuer arbeitende Personalbahnhöfe, ob nicht ein Teil der teuren Bahnhöfe teilweise totzulegen und in Durchfahr- und Folgeleiste umzuwandeln. Da unsere langjahren Bahnhöfe gerade Straße kaputtfahren, sollte jede Zwischenstation mit Überholgleis und zweifach angelegtem Ladegleis ausgerüstet werden. Der schematische Fels-, Bad- und Wiesbadenbahnhof mit seinen nicht angelegten Ladegleisen müsse abgeändert werden.

Der letzte Vortrag galt dem Thema „Der freie Vortrag und seine Bedeutung für den Personalunterricht“.

Dem Vortragenden, Dr. Rang, Rektor an der Technischen Hochschule in Berlin, ist das Ziel jeden Vortrags, nämlich die geistliche Erleuchtung der Zuhörer durch die Verlebendigung des Themas in idealer Weise gelungen. Die Voraussetzungen und Grundlagen der Vortragskunst fanden in ihm ihre körperliche Erfüllung. Ein ästhetischer Hochgenuss, der die Veranstaltung der Verwaltungsakademie würdig abschloß.

Hauptversammlung des Vereins badischer Finanzbeamten

Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins badischer Finanzbeamten (des geborenen mittleren Dienstes) hatte am Sonntag, den 10. Mai d. J. die Vertreter dieses Standes aus allen Teilen des Landes hierher zusammengerufen, um über die Entwicklung der Standesverhältnisse sich Rede und Antwort zu lassen und gleichzeitig neuen Anstoß für die Arbeit des letzten Jahres zu empfangen.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende, Rev. O. J. B. Bandel-Karlsruhe erstattete, war zu entnehmen, welche schwierige Aufgabe gerade die Übergangszeit der Umstellung des staatlichen Kassen- und Rechnungswesens von Papiermarkt auf Goldmarkgrundlage mit sich gebracht hatte und wie es nur unter einer hingebenden und ausdauernden Arbeit gerade der Angehörigen der im Verein zusammengefaßten Beamtengruppen möglich war, inmitten des Personalabbaues, während vielfacher Neuordnungen und Anpassungen des Kassen- u. Rechnungswesens an dringlich bevorstehende Bedürfnisse, unter erschwerten Personalverhältnissen und außerordentlicher Geschäftsanhäufung den Übergang in den Goldmarkperiode ohne nennenswerte Unbequemlichkeiten zu bewerkstelligen.

Besondere Aufmerksamkeit fand der von der Zentralleitung vorgelegene und vom Beamtenschaftsführer, Herrn Dr. Franzen, erstattete Vortrag über „Das Beamtenschaftsproblem in seiner Bedeutung für die Gegenwart“. Es war eine großartige Einführung in das Gebiet der heute mehr und mehr zur Anerkennung gelangenden Erweiterung der Beamtenschaft, eine Bewegung, wie sie auf dem Wege über Beamtenschulen und Beamtenschulung mit sich steigendem Erfolg beschritten und von dem Satz beherrscht wird, daß zur Verwaltungsreform heute notwendig hinzutreten muß die Bildungsreform der Beamtenschaft.

Eine rege Diskussion nahm Stellung zu den Einzelheiten des Geschäftsberichts und der damit zusammenhängenden Fragen über die Beamtenschaftstätigkeit, Verhandlungen, an denen sich auch der aus Hessen ersichene Vorsitzende des dortigen Bundesvereins, Rechtsanwalt Rath aus Darmstadt, lebhaft und bemerkenswerten Ausführungen beteiligte.

Die Vereinsleitung blieb auf Grund der getätigten Neuwahlen in den Händen der bisherigen Vorstandschaft, an deren Spitze Rev. O. J. Bandel als 1. und Finanz O. J. Schläger (beide in Karlsruhe) als 2. Vorsitzende gewählt wurden.

Am Vorabend der Hauptversammlung bereitete ein Begründungsabend im oberen Saal des „Krochling“ die Gäste und Teilnehmer bei einer flott abgewickelten und sehr beifällig aufgenommenen Programm, bei dessen Aufstellung die Tätigkeit der Veranstaltung, die Ortsgruppe Karlsruhe, eine glückliche Hand gehabt hat, was im Laufe des Abends allseitig anerkannt worden ist.

Beamtenbesoldung

Vom Deutschen Beamtenschaftsbund wird geschrieben: Die „Denkschrift über die Entwicklung der Besoldung der Reichsbeamten“, die der Reichsminister der Finanzen dem Reichstag am 19. Januar 1925 hat zugehen lassen, ist in der Tagespresse eingehend besprochen worden. Von einem Teil der Presse, die der vom Nationalismus inspirierten amtlichen Denkschrift allzu willig folgt, wurden kritische Ausführungen gemacht und Folgerungen gezogen, die geeignet sind, in der öffentlichen Meinung eine schädigende Vorzeichenwirkung gegen die Beamten auszulösen.

Die Art, wie die Denkschrift des Reichsministers der Finanzen, die für die Beamtenschaft in Betracht kommenden Daten und Zahlen zur Darstellung bringt, kann allerdings in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob die Besoldung der Beamten einen unverhältnismäßig gesteigerten Anteil der Reichsausgaben ausmache, eine Vorstellung, die weit entfernt von der Wahrheit ist. Die Besoldung der Beamten immer noch zu groß sei und auch die Besoldung im einzelnen über das Maß des Notwendigen hinausgehe.

Von einer Überzahl der Beamten kann, nachdem Hunderttausende von Beamten im Wege des Abbaues aus dem Dienste entlassen wurden, jetzt auf keinen Fall mehr die Rede sein, und was die Besoldung anbelangt, so sind weitestgehenden der Beamtenschaft auf durchaus unzulängliche, zu äußerster wirtschaftlicher Einschränkung zwingende Bezüge angewiesen.

In der Denkschrift des Reichsfinanzministers ist der Gesamtaufwand auf 8,13 Milliarden Reichsmark für eigentliche Reichsverwaltungen, Reichsbetriebsverwaltungen, Länder und Gemeinden geschätzt worden. Wenn unterstellt wird, daß diese Summe der Wirklichkeit nahe kommt, so ist dabei zu berücksichtigen, daß nur ein Anteil von 9,2 v. H. dieser Summe auf den Besoldungsaufwand für die Reichsbeamten einschließlich Wegerecht entfällt. Die Betriebsverwaltungen, Eisenbahn und Post, die die weitaus überwiegende Mehrheit der Reichsbeamten beschäftigen, sind aus dem allgemeinen Finanzetat des Reiches losgelöst, sind in Einnahmen und Ausgaben auf sich selbst gestellt und bringen auch die Mittel ihres Personalaufwandes selbst auf, der 29 v. H. der vom Reichsfinanzminister angegebenen Gesamtsumme ausmacht. Der Aufwand der Länder und Gemeinden einschließlich ihrer Personalausgaben für Kirche, Schule und Polizei beträgt 47,1 v. H. Der restliche Anteil von 14,7 v. H. enthält den Aufwand für die Angehörigen des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen, für die Versorgungsanstalten der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen, gehört also zum Kriegskonto.

Wenn die Denkschrift weiter den Nachweis zu führen sucht, daß das Realeinkommen der Beamten den Vorkriegsstand erreicht und zum Teil sogar überschritten habe, so muß hier doch darauf hingewiesen werden, daß im Hinblick auf die völlige Verschlebung der Wirtschafts- und Währungsverhältnisse Einkommensvergleiche zwischen der Vorkriegszeit und jetzt auf recht schwankender Grundlage stehen und von hieraus sich ergebenden Resultaten nur ein bedingter Grad von Unvergleichlichkeit bezumessen ist. Zudem sind die Berechnungen des Reichsfinanzministers auf einer unzureichenden, inzwischen überholten Indeziffer aufgebaut, und weiterhin ist zu berücksichtigen, daß seit einer Reihe von Jahren keine aus der nachwachsenden Generation entnommene Ergänzung der Beamtenschaft stattgefunden hat, die im Dienste verbliebenen Beamten aber gealtert sind. Hierdurch fällt bei Durchschnittsvergleichen die große Zahl der früher vorhandenen, gar nicht oder sehr gering besoldeten Beamtenanwärter fort, ein Umstand, der für den einzelnen Beamten einen höheren theoretischen Besoldungsdurchschnitt ergibt, für ihn aber keinen praktischen Wert hat. Wo im einzelnen eine höhere Besoldung nachzuweisen ist, ist sie in der Hauptsache auf die höhere Zahl der Dienstjahre, also auf die inzwischen stattgefundenen Überalterung der Beamten zurückzuführen.

Wenn ein Teil der Presse unter der Einwirkung der amtlichen Denkschrift hinsichtlich der Beamtenschaft und der Beamtenschaftsbefolgung zu übertriebenen Schlussfolgerungen kommt und auf den Reichstag in dem Sinne einzuwirken versucht, daß er einer Revision der jetzigen Beamtenschaftsbefolgung seine Zustimmung verweigert, so werden damit allerdings die retardierenden Tendenzen des Reichsfinanzministeriums unterläßt, aber das geschieht auf Kosten der Beamtenschaft, die unter einer unzulänglichen Besoldung Not leidet. Hiergegen muß Verwahrung eingelegt und der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß der Reichstag, unbeeinträchtigt von der Denkschrift des Reichsfinanzministers, doch noch eine Entscheidung trifft, die der bedürftigen Lage der Beamten Rechnung trägt.

Zu den Steuergesetzentwürfen

Nachdem in diesen Blättern zu den Steuergesetzentwürfen von Beamtenseite Stellung genommen worden ist, dürfte es auch von Interesse sein, welche Anträge von anderer Seite zu den Entwürfen der Reichsregierung gestellt werden. So sind wir in der Lage die Beschlüsse des Steuerrechtsausschusses des Deutschen Anwaltsvereins zu dem Entwurf eines Einkommensteuergesetzes nachstehend wiederzugeben:

- Beschlüsse zum Entwurf eines Einkommensteuergesetzes**
1. Das Existenzminimum ist in möglichen Grenzen, auf etwa 80—90 M. monatlich zu erhöhen.
 2. In dem Tact des § 33 ist durch weiteres Auseinanderziehen der Stufen eine Entlastung der mittleren Einkommen herbeizuführen. Die erste Einkommensstufe ist über den Betrag von 8000 M. hinaus zu erhöhen.
 3. Es ist festzulegen, daß die Höhe des nach Ziff. 2 zu verbessernden Tarifes das Höchstmäß der gesamten Einkommenbesteuerung durch Reich, Länder und die Gemeinden bilden.
 4. Die Ermäßigung des § 34 für Ehefrau und minderjährige Kinder ist auf die zweite Einkommensstufe auszudehnen.
 5. In § 56 Abs. 1 ist zu bestimmen, daß die dafelbst vorgegebene Ermäßigung bei Vorliegen der Voraussetzungen stattfinden „muss“.
 6. In § 42 ist Abs. 1 Ziff. 1 zu streichen. Die dafelbst in Abs. 2 Ziff. 1 bestimmten Prüfen sind wesentlich abzulassen.
 7. In § 17 wird der Antrag in der Eingabe des Deutschen Anwaltsvereins vom 15. Januar 1925 dahin wiederholt, daß zum Zwecke der Zukunftssicherung bei Angehörigen freier Berufe 10 Proz. des Berufseinkommens, mindestens 1500 M., höchstens 3000 M., steuerfrei belassen werden.
 8. Von einer Besteuerung der selbständigen Berufstätigkeit nach dem Gewinn (§ 7 Abs. 2) ist Abstand zu nehmen; es ist die bisherige Besteuerung nach dem Überschusse der Einnahmen über die Ausgaben beizubehalten.

9. § 11 Abs. 1 Satz 1 soll für freie Berufe keine Anwendung finden; es ist sicherzustellen daß bei den freien Berufen als Einkommen der Überschuß der tatsächlichen Einnahmen über die Ausgaben angesehen wird.

10. Die in den §§ 30 und 31 bezeichneten Gewinne sind nicht als Einkommen zu besteuern.

11. Die Besteuerung nach dem Verbrauch (§ 48) ist zu verwerfen. Dies gilt auch für das Überleitungsgefecht.

12. Die Doppelbesteuerung durch Heranziehung der Gewerbesteuer zur Körperschaftsteuer und der Dividenden zur Einkommensteuer ist in weiterem Umfang auszuschließen, als es durch § 37 des Einkommensteuergesetzes und § 41 Ziff. 2 des Körperschaftsteuergesetzes geschieht ist.

Zusammenfassung über die Lage der Beamtenchaft

„Den Beamten geht es heute von allen Bevölkerungsschichten noch nicht am schlechtesten, sie und ihre Familien sind gegen alle Beschaffnisse des Lebens gesichert, sie sind unfähig und pensionsberechtigt und dabei sind ihre Gehälter meistens noch höher als die der entsprechenden Privatangestelltenklassen.“ Dieses, einer Zeitschrift entnommene Zitat ist leider keine vereinzelte Erscheinung, sondern geradezu kennzeichnend für die Einstellung einzelner Volkskreise zum Beamtenstand. Wenn es sich bei solchen hingeworfenen und meist auch leicht geglaubten Urteilen nur um Urteile über die wirklichen Sachlage handelte, dann wäre Aufklärung und Berichtigung nicht allzu schwer. Aber wenn, wie in dem mitgeteilten Beispiel, zum Fehlurteil auch noch Vereingenommenheit und Lieblosigkeit kommt, dann ist die Aussicht auf Besserstellung schiefer Urteile schon bedeutend ungünstiger. Gleichwohl soll über den absprechenden Ton des Urteils hinweggesehen und sachliche Aufklärung versucht werden. „Die Beamten und ihre Familien sind gegen alle Beschaffnisse des Lebens gesichert.“ Wer das behauptet, der kennt die wirtschaftliche Lage des weit-

aus größten Teiles der deutschen Beamtenchaft in keiner Weise. Wie war es doch? Mit Kriegsbeginn im Jahre 1914 fehlten alle Maßnahmen zur Reform der Beamtenbesoldung aus. Das erschien den Beamten solange selbstverständlich, bis immer deutlicher ward, wie es nicht wenige Volksgenossen verstanden, die Not des Krieges in den Mühlen ihres Eigenes gewinnbringend auszuwerten. Der Beamte und — der deutsche Rentner mußten auch ferner zusehen, wie in den Monaten und Jahren der Geldentwertung viele die allgemeine Not in überreichen persönlichen Gewinn ummünzten. Die sich zuletzt förmlich überhaltenden Teuerungsmassnahmen für die Beamtenchaft waren in ihrer Auswirkung groteske Illustrationen zu dem Thema: „Zu spät!“ Bei der allgemeinen Flucht in die Sachwerte sah der Beamte und Kleinrentner seinen Kleider- und Wäschevorrat verschleihen. Vorratstausche mit ihren großen Vorteilen in den Tagen des zunehmenden Marktwertfalls waren für ihn ein unerreichbares Ideal. Und dann die Umstellung auf die Rentenmark! Man kann es ohne Übertreibung aussprechen, daß diese Umstellung der Währung für die Staatsfinanzen wohl schwer tragbar gewesen wäre ohne die den Beamten mit den sogenannten „Goldgehältern“ zugewandte übergroße Opferwilligkeit. Und seitdem ist die notwendige Reform der Beamtenbesoldung nur so unvollkommen erfolgt, daß heute große Teile der Beamtenchaft weit unter dem realen Friedensniveau liegen. Man blicke nur hinein in die Haushalte der unteren und mittleren Beamten, dann wird man ein Bild von der wahren Lage der Beamtenchaft bekommen und ihre Notrufe verstehen. Unfindbar? Ja, hat man denn in der Öffentlichkeit schon ganz

den Beamtenabbau vergessen? So sieht es in Wahrheit um die deutsche Beamtenchaft aus. Gewiß, es gibt Bevölkerungskreise, die noch über daran sind. Aber dann gibt es

auch viele Bevölkerungskreise, denen es weit, weit besser geht als den Beamten, die nachweisbar in ihrer Gesamtheit unter das wirtschaftliche Niveau der Friedenszeit herabgedrückt sind und mit dem Erkenntnis ihrer Not nur den schlafenden Sinn für Gerechtigkeit wecken wollen.

(„Der Beamte“ Nr. 5 v. 1. 5. 25).

Über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten

wird im „Deutschen Beamtenführer“ ausgeführt: Nach Art. 128 Abs. 2 der Reichsverfassung werden alle Ausnahmebestimmungen gegen weibl. Beamte beseitigt. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts gelten damit auch alle beim Inkrafttreten der Reichsverfassung bereits bestehenden gesetzlichen Ausnahmebestimmungen oder Verwaltungsanordnungen, die mit dem genannten Artikel in Widerspruch stehen, als aufgehoben. RGR. 13. 4. 22.

Bestimmungen, wonach das Dienstverhältnis der Volksschul- Lehrerinnen mit der Eheschließung erlischt, sind nach einer Reichsgerichtsentcheidung mit der Bestimmung des Artikel 128 Abs. 2 der Reichsverfassung unvereinbar.

In die Berufungsurkunden der neu anzustellenden Lehrerinnen darf kein Vorbehalt mehr aufgenommen werden, daß im Falle ihrer Verheiratung ihre Anstellungsfähigkeit erlischt. Pr. O. 16. 6. 22, RGR. 1. 5. 22.

Die Fähigkeit zum Richteramt kann auch von Frauen erworben werden. Ebenso können Frauen zu Handelsrichtern, Amtsanwälten, Gerichtsschreibern und Gerichtsvollziehern ernannt werden. RGEf. 11. 7. 22, RGR. 51. 5. 23.

Verheiratete geprüfte Kandidatinnen des höheren Lehramts ist die Anstellungsfähigkeit zu erteilen. Pr. O. 20. 12. 22, JNR. 23.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Schuhe Schuhhaus Ammann
KARLSRUHE 405
Lammstr. 12 Lammstr. 12
für jeden Bedarf Billig und reell

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik
Karlsruhe, Kaiserstr. 128 zwischen Wald- und Karlstraße
Wandbilderschmuck
Bildereinrahmungen
Inhaber: W. Bertsch

Sie gehen den richtigen Weg!
Kaufen Sie Ihre
DAMEN-KINDERHÜTE
bei WILHELM, KAISERSTR. 205

SINGER NÄHMASCHINEN
Erleichterte Zahlungsbedingungen
Ersatzteile - Nadeln - Öl - Garn - Reparaturen
SINGER CO. Karlsruhe
Nähmaschinen Act.-Ges. Kaiserstraße 124

Mehle & Schlegel
Kleiderstoffe Seidenstoffe
Herrenstoffe
Täglich Eingang von Frühjahrsneuheiten
zu sehr billigen Preisen 379
Teilzahlungen für Beamte gestattet

Für 25 Mark Anzahlung
bekommen Sie 1 Damen- oder Herrenfahrrad,
Email-Kohlen-Herd oder Nähmaschine mit
Fabrikgarantie. In Fabrikate, Ersatzteile und
Reparaturen staunend billig. Die Ware wird
bei Anzahlung gleich verabfolgt 449
Fahrrad-Kunzmann Zähringer-
straße 46

Herren- u. Damenräder
nur gute Marken, mit Garantie, bereits bei
20 Mark Anzahlung
prompt lieferbar. Verbände Sonderrabatt
Vertreter: **M. Burkert** 453
Kein Laden Karlsruhe, Waldstr. 8 Kein Laden

Kunsthandlung Wandschmuck
für jeden Geschmack
in reichster Auswahl
MOOS
KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für
TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen 406

Waldstraße 37 **Geschwister Baer** Telefon 579
empfehlen
Kinder-Busstatten
in jeder Ausführung und Preislage, hygienische Windeln 80/80
von M. — 65 an, Wickeldecken 1a Qualität von M. 2.— an
Große Auswahl in Kleidchen, Jackchen, Überjacken, Wagent-
decken u. Einschlagbetttücher mit passenden Kissen, Steppdecken
zu sehr billigen Preisen 451

in über 400 neuesten, schönsten Mustern
Ferner:
Linoleum — Spannstoffe
Leisten usw. 387
H. DURAND
Karlsruhe, Douglasstraße 26, hinter Hauptpost. Telefon 2435
Verlangen Sie neuesten Katalog

Gute
Möbel
Betten — Polsterwaren
zu bekannt billigen Preisen
E. Karrer & Sohn
Laden: Ecke Kaiser- u. Dou-
glasstr., Hauptpost 453
Hauptgeschäft: Kriegerstr. 200
(gl. Ecke Westendstr.)
Zahlungs erleichterung

Das **Tapeten-Haus** von
Rieger & Matthes Nchf.
Kaiserstraße 186 KARLSRUHE Fernruf 1783
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in den neuesten Mustern
Spezialität: **Stil- und Künstler-Tapeten**
Muster stehen gerne zur Verfügung 390

Elegante u. einfache Damenhüte
in großer Auswahl
Umarbeitungen nach neuesten Modellen 442
Ella Hoffmann Werkstätte
für Damenputz
Karlsruhe, Wilhelmstr. 45 II Kein Laden, daher billigste Preise

Bevor Sie Ihren Bedarf in Betten einkaufen
besichtigen Sie erst mein Geschäft. Großes Lager in
BETTSTELLEN
lackiert, Matratzen, 3teilig mit Keil aus bestem Material hergest.
Patent-Feder-Matratzen
in versch. Mustern, Kein Ladengeschäft. Allerbilligste Preise.
Gottfried Klettenheimer, Karlsruhe
Markgrafenstraße 52, nächst dem Rondellplatz.

Max Peter, Wiener Damenschneider
Karlsruhe, Waldstraße 3 im Bad. Kunstverein
Werkstätte für beste Maßarbeit 445
Neueste Stofflager Mäßige Preise
Frau Marg. Peter, vorm. Düng
bringt reiche Auswahl in gediegenen und vornehmen
Kostümen, Mäntel, Kleider und Blusen
aus Mouliné, Burberry, Rips und Garbadin
Bekannt gute Qualitäten Billige Preise

Zu dem Preise von Mk. 15.— erhalten Sie
1a Qualität in vollkommener Größe
Herren- u. Damenwesten
Elegante Kostüme werden nach Maß angefertigt,
ebenso werden Strümpfe neu- und angestrickt.
Teilzahlung gestattet 380
Maschinenstrickerei L. Engelhard
Gartenstraße 11 KARLSRUHE Gartenstraße 11

Spenglers Geschichts-Philosophie
Eine Kritik
Von
Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. — 75
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Georg Zäpfel, Schneidermeister
Kriegsstraße 80 Karlsruhe beim alten Bahnhof
Feine Herren- und Damen-Maßschneiderei
Nur prima deutsche und englische Stoffe
Ferner: Lager in nur besserer Konfektion 455
Herren- und Damen-Gummi-Mäntel und Strickwesten
(auf Wunsch nach Maß). Maß. Preise. Zahlungs erleichterung.

FAHRRÄDER
Gute Marken mit Fabrik-Garantie bei nur
25 Mk. Anzahlung
Rest in Raten bei
J. Fuchs, Karlsruhe, Zähringerstr. 35
Spezial-Reparatur- und Mechanische Werkstätte

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Adler Schreibmaschine
Über 300000 im Gebrauch
Bei Behörden bestens eingeführt.
Alwin Vater, Zirkel 32
Telefon 236 407

G. BRAUN KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlriedrichstraße 14
Herstellung von Druckarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BÄCHERT
KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443 452
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempelgiesserei